

N i e d e r s c h r i f t

SOZ/014/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 15.05.2007**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Konferenzsaal des Jakobi-Krankenhauses, psychiatrische Ambulanz, Zimmer 533, Hörstkamp 12, 48431 Rheine.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Ellen Knoop SPD

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis SPD
Frau Christel Brachmann CDU
Herr Alfred Holtel FDP
Herr Dr. Dietrich Kühn SPD
Frau Barbara Meinert SPD
Herr Wilhelm Stegemeyer CDU
Herr Friedel Theismann CDU
Herr Hartmut Wehr CDU
Herr Ludger Winnemöller CDU

Vertreter:

Frau Monika Lulay CDU Vertretung für Herrn
Norbert Dörnhoff
Herr Michael Reiske BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertretung für Frau Iris
Rieke
Herr Paul Schortemeyer CDU Vertretung für Frau
Christa Gieseke

beratende Mitglieder:

Herr Horst Erle

Gäste:

Herr Werner Althoff
Herr Raimund Gausmann
Herr Jeusfeld
Herr Marx
Herr Samberg
Herr Wilde
Herr Dr. Jörg Wittenhaus

Verwaltung:

Frau Angelika Hake
Herr Helmut Hermes
Frau Christa Heufes
Frau Christa Koch
Frau Ute Ehrenberg
Herr Ludger Schöpfer
Herr Henning Viehoff

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Marcel Tewes Sozial Liberal

beratende Mitglieder:

Frau Anna Hölzen
Frau Vivien Schöpker
Herr Heinz Thalmann

Frau Knoop eröffnet um 17:00 Uhr die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Da die Referenten zu den Tagesordnungspunkten 8, 9 und 10 bereits anwesend sind, bittet Frau Knoop darum, diese Tagesordnungspunkte bereits zu Beginn der Sitzung zu behandeln.

Hiergegen bestehen von Seiten des Sozialausschusses keine Bedenken.

Öffentlicher Teil:

- 1. LWL - Klinik Lengerich, Psychiatrie, Psychotherapie, Neurologie, Abteilung Rheine, Hörstkamp 12, 48431 Rheine
- Vorstellung der wohnortnahen psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Rheine und Umgebung durch den Chefarzt Dr. med. Jörg Wittenhaus**

I/A/0100

Der Chefarzt der Einrichtung, Herr Dr. Wittenhaus und der Sozialarbeiter Herr Wilde stellen in Ihrem Vortrag die Arbeitsweise der Klinik dar und gehen dabei insbesondere auf das therapeutische Angebot ein.

Die im Vortrag erläuterten Behandlungsabläufe und die damit verbundenen Therapieansätze der Klinik ergeben sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Flyer.

Die Gebiete im Kreis Steinfurt für die die Abteilung für Psychiatrie- und Psychotherapie Rheine zuständig ist, ergeben sich aus der als Anlage 2 beigefügten Übersichtskarte. Herr Dr. Wittenhaus weist darauf hin, dass dieses Zuständigkeitsgebiet verbindlich nur für Einweisungen nach dem PsychenKG gilt. Für alle übrigen Patienten besteht ein Wahlrecht hinsichtlich des Behandlungsortes.

Im Anschluss an den Vortrag beantwortet Herr Dr. Wittenhaus die Fragen der Ausschussmitglieder insbesondere zu den Themenbereichen

- Einbindung der Angehörigen in den Therapieablauf
- Aufenthaltsdauer
- ehrenamtliche Mitarbeit
- Einbindung von Selbsthilfegruppen (z.B. Anonyme Alkoholiker)
- Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess.

Frau Knoop bedankt sich bei Herrn Dr. Wittenhaus und Herrn Wilde für den Vortrag und die entgegengebrachte Gastfreundschaft.

- 2. Alternative Wohnformen
- Wohnen im Bestand des Wohnungsvereins
- Selbständigkeit erhalten; Pflege und Betreuung sichern; Verbundlösungen für ältere Menschen im Stadtteil Dutum-Dorenkamp (St. Josefshaus)**

I/A/ 2600

Herr Marx als Geschäftsführer des Wohnungsvereins und Herr Jeusfeld und Herr Samberg vom St. Josefshaus in Rheine stellen in Ihrem Vortrag das gemeinsam entwickelte Konzept für die Betreuung älterer Menschen im Stadtteil Dorenkamp vor. Ziel dieses Konzeptes ist es, dass die älteren Mieter so lange wie möglich in Ihrer vertrauten Umgebung verbleiben und von dort aus Ihren Alltag bewältigen.

Herr Marx gibt in diesem Zusammenhang zu Bedenken, dass bereits jetzt mehr als jeder 3. Mieter des Wohnungsvereins im Rentenalter ist. Dies entspricht ei-

nem Altersdurchschnitt der in Deutschland erst für das Jahr 2050 prognostiziert wird.

Im Anschluss an die Vorstellung des Konzeptes haben die Ausschussmitglieder die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Auf Nachfrage von Frau Knoop teilt Herr Marx mit, dass es nicht Ziel ist, im Bereich Dorenkamp eine Zentrierung von älteren Menschen zu erreichen. Vielmehr sollen auch neue Wohnungsstandorte für jüngere Menschen und Familien mit Kindern in diesem Bereich errichtet werden.

Herr Reiske gibt zu Bedenken, dass die ausschließliche Einbindung von ehrenamtlichen Kräften für die Arbeit mit den älteren Mietern des Wohnungsverbands nicht ausreichend ist. Gerade für die Arbeit mit älteren Menschen ist auch professionelle Hilfe erforderlich um den Lebenssituationen der Senioren (z.B. Demenzerkrankungen) gerecht zu werden.

Herr Erle regt an, Kontakt mit dem Stadtbusbetreiber aufzunehmen um eine Haltestelle vor dem geplanten Begegnungszentrum für Senioren an der Sprickmannstraße zu errichten. Hierdurch haben auch ältere Menschen von weiter entfernten Wohnbereichen des Dorenkamps die Möglichkeit, an den Veranstaltungen teilzunehmen.

Nachdem sich eine weitere intensive Diskussion insbesondere zu den Themenkomplexen:

- Spannungsverhältnis zwischen barrierefrei umgebauten Wohnungen und für Senioren bezahlbaren Wohnungen
- Schulung von Fachpersonal sowie
- Vernetzung der Arbeit der am Konzept beteiligten Träger

anschließt, bedankt sich Frau Knoop bei den Beteiligten für die Vorstellung des Konzeptes.

Das dem Vortrag zu Grunde liegende Konzept ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

3. Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser - Konzept des Kinderschutzbundes

I/B/2020

Herr Gausmann und Frau Sundermann vom Deutschen Kinderschutzbund stellen an Hand von Folien das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ vor.

Die Folien zu diesem Vortrag sind dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

Herr Beradis schlägt vor, dass sich der Sozialausschuss zu gegebener Zeit vor Ort über die Entwicklung des Projektes informiert.

4. Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung am 20.03.2007

I/B/3130

Herr Beradis bittet um Auskunft darüber, ob es noch weitere Informationen zu den geplanten Maßnahmen im Bereich des behinderten- und barrierefreien Bauens gibt.

Herr Schöpfer teilt mit, dass zu den größeren Maßnahmen, wie z.B. dem „Bahnübergang Pinienweg“ eine gesonderte Beschlussvorlage für den Ausschuss erstellt wird.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

5. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 20.03.2007 gefassten Beschlüsse

I/B/3230

Ein Bericht liegt nicht vor.

6. Informationen

I/B/3240

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Solidarfonds Krankenhilfe nach dem AsylbLG

Die Stadt Rheine hat am 07. Mai 2007 die seit 1995 bestehende Verwaltungsvereinbarung zur Schaffung eines Solidarfonds der Städte und Gemeinden im Kreis Steinfurt zur Verringerung des Kostenrisikos für die Krankenhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zum 01. Januar 2008 gekündigt.

Angesichts des nicht zustande gekommenen Einvernehmens bei der Kostenbeteiligung nach dem SGB II und der damit verbundenen unverhältnismäßigen Mehrbelastung sieht sich die Stadt Rheine zu diesem Schritt gezwungen, zumal die Stadt Rheine in den letzten vier Jahren den Solidarfond mit mehr als 500.000,00 € bezuschusst hat.

Frau Ehrenberg bringt Ihr Bedauern über diesen Schritt zum Ausdruck. Angesichts der nicht einvernehmlich zustande gekommenen Kostenverteilungsvereinbarung im Rahmen des SGB II ist dieser Schritt aber unvermeidbar und sollte konsequent umgesetzt werden.

Ermittlungsdienst zur Bekämpfung ungerechtfertigten SGB II – Leistungsbezuges

Der beim Kreis Steinfurt eingerichtete Ermittlungsdienst hat am 02. Mai 07 seine Tätigkeit aufgenommen.

Die Feststellungen des Ermittlungsdienstes konzentrieren sich auf Sachverhalte, die für die örtlichen Leistungsachbearbeiter nicht ohne weiteres anhand von Belegen und Schriftstücken sowie eigener Inaugenscheinnahme nachweisbar sind.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Jahresbericht 2006 des Kreises Steinfurt

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ist seit dem 01. Jan. 2005 der Kreis Steinfurt als Optionsträger in der Verantwortung. Der Jahresbericht 2006 des Kreises Steinfurt stellt dar, auf welche Weise und mit welchen Ergebnissen diese Verantwortung wahrgenommen wurde. Er beschreibt Daten und Fakten und arbeitet die wichtigsten Entwicklungslinien des Jahres 2006 heraus.

Den Jahresbericht finden Sie auch im Internet unter www.kreis-steinfurt.de. Einige Druckexemplare liegen heute für Interessierte zur Mitnahme aus.

Kommunale Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen in NRW

Die Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen hat die Ergebnisse einer Umfrage zu den kommunalen Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräten veröffentlicht. Die Ergebnisse machen deutlich, dass immer mehr die Arbeit der Beauftragten und Beiräte für die Integration von Menschen mit Behinderungen vor Ort zu schätzen wissen.

Das Auswertungsergebnis liegt auf den Sitzungstischen aus.

Dieses Schreiben ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

Treff für junge Aussiedler „Raduga“

Der Abriss der städt. Übergangsunterkünfte für Flüchtlinge an der Lingener Str. 43 – 47 wird noch in diesem Jahr erfolgen.

Der Treff wurde 1997 u. a. eingerichtet, um den vielen „informellen Treffs“ einen offiziellen Treff mit niedrigschwelligem Zugang gegenüberzustellen.

Die Fachverwaltung prüft z.Z. aufgrund der zurückgehenden Besucherzahlen, ob ein gesonderter Jugendtreff für Aussiedler noch notwendig ist bzw. welche Alternativen in Frage kommen.

Der Fachausschuss wird rechtzeitig über das Prüfungsergebnis informiert.

Herr Beradis bringt seine Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass er aus der Zeitung erfahren musste, dass die Schließung des Treffs „Raduga“ seiner Ansicht nach bereits eine beschlossene Sache ist, ohne dass dabei der Sozialausschuss beteiligt wurde.

Herr Schöpfer teilt mit, dass Ihm nicht bekannt ist, woher die Presse ihre Informationen erhalten hat.

Frau Ehrenberg gibt zu Bedenken, dass bisher lediglich feststeht, dass die bisherigen Räumlichkeiten des Treffs an der Lingener Straße in absehbarer Zeit abgerissen werden sollen.

Ob oder in welcher Form die bisher geleistete Arbeit des Treffs fortgeführt wird, ist hingegen noch nicht geklärt.

Herr Reiske beantragt, dass sich der Sozialausschuss mit dieser Thematik in der nächsten Ausschusssitzung auseinandersetzt. Zu diesem Anlass bittet er die Verwaltung um eine entsprechende Aufbereitung des Themas. Nach Möglichkeit sollte sich im Vorfeld auch der Integrationsrat mit dieser Problematik befassen.

Dieser Vorschlag wird von den Mitgliedern des Sozialausschusses einstimmig unterstützt.

7. Informationen aus dem Integrationsrat

II/A/0570

Es erfolgt keine Berichterstattung.

8. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

II/A/0580

Es erfolgt keine Berichterstattung.

9. Informationen aus dem Seniorenbeirat

II/A/0600

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

10. Informationen aus dem Familienbeirat

II/A/0760

Es erfolgt keine Berichterstattung.

11. Zwischenbericht für das I. Quartal 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit des Sozialausschusses - Vorlage: 202/07

II/A/0770

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass es im Bereich des SGB II möglicherweise eine Gesetzesänderung dahingehend gibt, dass es bei der Verteilung der kommunalen Kostenbeteiligung zukünftig kein „Einvernehmen“ der kreisangehörigen Kommunen untereinander erforderlich ist, sondern nur noch ein „Benehmen“. Ob und wann diese Gesetzesänderung in Kraft tritt bleibt abzuwarten.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Zwischenbericht für das I. Quartal 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit des Sozialausschusses - zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

II/A/1050

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

13. Anfragen und Anregungen

II/A/1060

Herr Dr. Kühn verweist auf den eingebrachten Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 6 der Niederschrift) und bittet darum, diesen Antrag dem Rat der Stadt Rheine in der nächsten Sitzung zur Entscheidung vorzulegen, damit die beantragten Mittel für die Menschen mit Sehbehinderungen in der kurzfristig erfolgenden Ausschreibung für die Einrichtungsgegenstände der Stadtbibliothek noch berücksichtigt werden können.

Frau Ehrenberg schlägt anstelle dieses Verfahrens vor, den Antrag direkt den zuständigen Fachbereichen zur Bearbeitung vorzulegen.

Hiergegen bestehen von Seiten des Ausschusses keine Bedenken.

Weiter bittet Herr Dr. Kühn darum, dass der Sozialausschuss über die gerade laufende Erhebung für die Erstellung eines Familienberichtes informiert wird.

Herr Schöpfer teilt mit, dass zu diesem Thema im August eine gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses stattfinden soll, in der die ersten Ergebnisse dieser Erhebung vorgestellt werden sollen.

Ende der Sitzung:

19:10 Uhr

Unmittelbar im Anschluss an die Sitzung haben die Mitglieder des Sozialausschusses die Möglichkeit, sich von Herrn Dr. Wittenhaus durch die Klinik führen zu lassen.

Knoop

Viehoff